

Kurzbericht

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(11. - öffentliche - Sitzung am 26. Juni 2023)

Tagesordnung:

1. **Die Tiefengeothermie als wichtige und erneuerbare Säule der Energiewende in Niedersachsen verankern!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/880](#)

Der Ausschuss führt zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Deutsche ErdWärme GmbH
- Norddeutsche.Erdwärme.Gewinnungsgesellschaft - NDEWG GmbH
- Bundesverband Geothermie e. V.
- Prof. Dr. Inga Moeck, Professorin für Angewandte Geothermik und Geohydraulik, Georg-August-Universität Göttingen, Abt. Angewandte Geologie
- Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e. V. (BVEG)

Die Koalitionsfraktionen sowie die CDU-Fraktion stellen als Grundlage für die weitere Beratung nach der Auswertung der Anhörung Änderungsvorschläge in Aussicht.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/1598](#)

dazu: Eingabe 00077/09/19

Der Ausschuss erörtert Verfahrensfragen. Er sieht für die Sitzung am 21. August 2023 eine (mündliche) Anhörung vor, für die die Fraktionen gegenüber der Landtagsverwaltung bis zum 30. Juni 2023 Anzuhörende nach dem Schlüssel 3/3/1/1 benennen sollen. Zu der Anhörung wird den Ausschüssen

- für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz,
- für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung sowie
- für Inneres und Sport

die Teilnahme anheimgestellt. Außerdem werden sie gemäß § 28 Abs. 4 GO LT um die Abgabe von Stellungnahmen zu den sie betreffenden Aspekten gebeten.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1581](#)

Der Ausschuss erörtert Verfahrensfragen. Er bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema. Da auch kommunalpolitische Aspekte betroffen sind, kommt der Ausschuss überein, dem Ausschuss für Inneres und Sport die Niederschrift über die Unterrichtung zukommen zu lassen. Über eine Anhörung und das Einholen von Stellungnahmen gemäß § 28 Abs. 4 GO LT soll nach der Unterrichtung befunden werden.

4. **Wasser in Zeiten des Klimawandels - ein nachhaltiges und integriertes Wasser-management für Niedersachsen weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/1602](#)

Der Ausschuss erörtert Verfahrensfragen. Er kommt überein, die Beratung des Antrags mit dem Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 19/805 („Wassermanagement in Zeiten des Klimawandels: Wasser sparen, Infrastrukturen anpassen, Hochwasserschutz verbessern, Wissenslücken schließen“) zusammenzufassen und zunächst die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Themenbereich zu bitten. Ferner bittet der Ausschuss die Ausschüsse

- für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz,
- für Wissenschaft und Kultur,
- für Inneres und Sport,
- für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung,
- für Rechts- und Verfassungsfragen sowie
- für Haushalt und Finanzen (zu [Drs. 19/1602](#))

um die Abgabe von Stellungnahmen zu den sie betreffenden Aspekten. Nach der Unterrichtung soll über eine Anhörung befunden werden.

5. **Den Ausbau erneuerbarer Energien fördern, nicht gefährden: (Re-)Investitionen in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien bei der Abschöpfung von Überschusserlösen privilegieren**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/114](#)

Die antragstellende Fraktion bringt einen Änderungsvorschlag in Form einer Tischvorlage ein. Der Ausschuss kommt überein, die Beratung zeitnah nach der Auswertung des Änderungsvorschlags fortzusetzen.

6. **Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Teilprivilegierung von Vorhaben zur Nutzung solarer Strahlungsenergie längs von Autobahnen und Hauptschienenwegen nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 des Baugesetzbuchs**

Der Ausschuss billigt den Antrag auf Unterrichtung und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

7. **Verschiedenes**

Der Ausschuss erörtert Terminfragen. Er kommt überein, für den 11. September und den Vormittag des 18. September 2023 zusätzliche Sitzungen vorzusehen. Ferner setzt er die Planung von parlamentarischen Informationsreisen nach Brüssel (19. bis 21. Februar 2024) und ins europäische Ausland fort.